

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

27 (2.7.1947)

... d. Panzer-... in Odessa... Versailles... 1914 Erz-... dessen... 1912... franz-... geb... englischer... 1881 Frei-... atmann, ge-

... schen, über-... it für Ent-... und Kriegs-... Hilters Blut-... und außer-... ion (Röh-... z. satirischer... ren. — 1666... losoph und... ren. — 1885... als erste... geordnete im... erm. Hesse... ren. — 1885... Schriftsteller... 78 Jean Jac-... Philosoph... gestorben.

**tration
Frauen**

... mittag kam... Hauptmarkt... rdenmonstra-... ständen... auf dem... ndigte Karz-... zu nehmen... der Händ-... der er-... Berlin weit-... eine Hun-... gab die... lauten Aus-... auf dem... dasegen... elen Wochen... erung ohne... ist. — ... auen drang... gsantes vor... Seamtien die... der Einwoh-... mit Stützort... von Brot für... gestellt. Je-... tigen Tage... gehört. — ... te erfahren... trat in einer... en (Montag... ntschließung... Militärrege-... Abtransport... hungern den... zu gebieten.

**au
weiter**

... s der kata-... in, der wir... wweifeln, daß... ararbeit ist... die der ver-... ohne Kartof-... rmit und... den Kindern... auf den Tisch... ein Schlan-... alles, was... führung zu... stehen aber... samt um Be-... bedingte... Schlangen-... händlern um... dann müß-... Fahrzeugen... werden. Wer... weifung der... auf unbe-... hin: „Es gibt... vor Morgen-... Marktständen... ein paar... Zulagekar-... kämpfen, um... dem, nerven-... zu erfahren... gib-... in, daß... in, der wir... wisten auf... die, sell-... nur um 10... stens einigt... n. Es ist ein... täglich den... rkenen wer-

Badisches

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 27

Mannheim, den 2. Juli 1947

Preis 15 Pfg.

Pariser Konferenz:

Hintergründe und Absichten

Hinter verschlossenen Türen

Seit Freitag tagen die Außenminister von Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion in Paris hinter verschlossenen Türen und beraten über die Möglichkeiten eines Aufbauplanes für alle europäischen Länder, mittels wirtschaftlicher Hilfe durch die Vereinigten Staaten, welche Außenminister Marshall angeboten hat. Die Sitzungen wurden streng geheim gehalten. Indessen hat die britische Delegation am Montag erklärt, daß die Verhandlungen jetzt soweit gediehen seien, daß die Geheimhaltung aufgehoben werde und die Öffentlichkeit über den Fortgang unterrichtet werden könne.

Hilfe „nur an unsere Freunde“ — oder „Hilfe für alle“?

Die „Prawda“ befaßt sich in einem Leitartikel mit dem Marshall-Plan und stellt fest, daß dieser und damit auch die Pariser Konferenz zum Scheitern verurteilt sei, wenn er nur eine Wiederbelebung der Truman-Doktrin oder des Churchill-Planes zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, darstellen sollte. Sie trifft damit ins Schwarze. Der Marshall-Plan hat zwei Gesichter. Eines, das zurückblickt in die noch nicht überwundenen Verzagenheit der Truman-Doktrin und der Politik, „Hilfe nur an unsere Freunde“, und ein anderes, das unter der Parole „Hilfe für alle“ vorwärts weist zum Aufbau eines Europa und einer Welt des Friedens und der Zusammenarbeit. Diesen beiden Gesichtern entsprechen auch zwei Tendenzen in Amerika und in der Welt, die in Paris deutlich zutage treten. In seinen

Vorschlägen an die Konferenz hat

der Außenminister der Sowjetunion, Molotow, die große Bedeutung einer Hilfe Amerikas für den Aufbau Europas gewürdigt, aber auch die unerschütterliche Absicht der Sowjetunion zu verstehen gegeben, keinem Programm zuzustimmen, das darauf hinausläuft, „daß die stärkeren Mächte den anderen ihren Willen aufzwingen“ und das zur „Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder“ und zur „Verletzung ihrer Souveränität“ führt.

Enttäuschte reaktionäre Hoffnungen

Am liebsten hätte die Reaktion den Aufbauplan für Europa wie sie ihn verstehen, ohne die Beteiligung der Sowjetunion durchgeführt. Das Nachrichtenbüro „Tass“ schreibt dazu: „Einige eingefeilschte Reaktionen waren glücklich, weil sie glaubten, daß die Sowjetunion der Konferenz fernbleibe und daß dadurch die Aufgabe leichter würde, mit Hilfe der USA die Vereinigten Staaten in Europa in der Churchill-Planung zu erreichen. Die Sowjetunion nehmen indessen teil und die Hoffnungen der Reaktionen sind fehlerhaft.“

Reaktion propagiert Pessimismus

Durch einzelne Sprecher und durch die Presse war und ist die Reaktion eifrig bemüht, das Ergebnis der Verhandlungen vorwegzunehmen und von vornherein das Scheitern der Konferenz zu unterstellen. Engländer und Franzosen einerseits und Molotow andererseits vertreten völlig verschiedene Auffassungen und die Konferenz sei auf dem toten Punkt angelangt, erklärt Daily-Expreß.

Nach Daily Worker zeigt die Reaktion

in den Vereinigten Staaten offen die Absicht, die Pariser Besprechungen diktatorisch zu beeinflussen.

Von vielen Seiten in Amerika wurden anlässlich des Zusammentritts der Außenminister Drohungen gegen die Briten und Franzosen ausgesprochen. Die Erklärung des sowjetischen Standpunktes durch Außenminister Molotow findet die Zustimmung aller europäischen Demokraten. Er ruf die Wut und den Zorn der Sprecher von Wallstreet hervor.

Erspressungen und Provokationen

Der britische Außenminister Bevin begleitete seine Vorschläge zur Durchführung des Marshall-Planes mit der provokatorischen Erklärung, daß er eine rasche Entschließung fordere und möglicherweise auf raschen Abbruch der Verhandlungen drängen werde. Er habe keine Lust, die Besprechungen weiter fortzusetzen, wenn seine „äußersten Anstrengungen“ scheiterten. Seine Ausführungen gipfelten in dem erspresserischen Gedankengang, daß eine Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten nicht möglich sei, wenn die britischen Vorschläge nicht angenommen werden. Molotow fragte, wie die britische Delegation dies erklären könne, daß kein anderer Plan als der ihre die amerikanische Zustimmung finde.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß gelegentlich einer Unterredung Präsident Truman mit Außenminister Marshall die Feststellung getroffen wurde, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten

und Großbritanniens die gleichen

Ansichten über die Entwicklung des Marshall-Planes vertreten und es wird gleich, damit ja keine Fehlauffassung entstehe, eine Entwicklung suggeriert, wonach im Falle eines selbstverständlich gewünschten Fehlschlages in Paris, Großbritannien und Frankreich von den USA bei der Durchführung des Marshall-Planes für Europa unterstützt werden.

Hintergründe und Absichten

Marshall's Initiative geht sicherlich nicht von altruistischen Motiven aus, stellt die Prawda fest, sondern es sei durch die wirtschaftliche Lage in USA veranlaßt worden. Der un-natürliche wirtschaftliche Aufschwung nach dem Kriege nähere sich seinem Ende und die Gefahr der wirtschaftlichen Krise ziehe herauf. Er verdanke sein Entstehen dem Wunsch, einen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kommenden Zeit zu finden.

Auch zu den Vorschlägen Bevins und Bidaults stellt Molotow fest, daß sie dem Wunsch ihr Entstehen verdanken, die augenblicklichen Schwierigkeiten Großbritanniens und Frankreichs auf Kosten der kleinen europäischen Staaten zu beheben.

Die anglo-französischen Vorschläge über ein allgemeines europäisches Wirtschaftsprogramm wäre eine Einmischung in innere Angelegenheiten europäischer Staaten und die amerikanischen Kredite sind Druckmittel gegen die anderen Staaten.

Was steht hinter dem Wunsch Großbritanniens und Frankreichs? Ein gesamteuropäisches Wirtschaftsprogramm durch die drei Großmächte unter Beteiligung anderer europäischer Länder aufzustellen. Sicher würden diese beiden Länder ihre Wirtschaft nicht der Kontrolle anderer europäischer Länder unterstellen. Dagegen sei aber deutlich die Absicht von Großbritannien und Frankreich zu erkennen, eine eigene Kontrolle über die europäischen Staaten auszuüben und durch den von Bevin vorgeschlagenen sogenannten Lenkungsausschuß die Wirtschaft der anderen Länder ihren eigenen Wünschen und den der Vereinigten Staaten anzulegen.

Wenn auch einer der ideologischen Vorkämpfer der neuen Weltreaktion der amerikanische Journalist Lippmann im Einklang mit den Wünschen seiner monarchistischen Auftraggeber im Vorhinein mit einem Scheitern der Pariser Konferenz rechnet und für diesen erwünschten Fall fordert, daß die USA „mit einer fest umrissenen Mission, einer viel klareren Sicht der Probleme und einer neuen strategischen Konzeption nach Europa zurückkehren muß“, so ist doch durch das Auftreten der Sowjetunion der strategische Plan der Weltreaktion durchkreuzt und die wilden Spekulationen zerstört worden.

Weiter für Deutschlands Einheit!

Nur deutsche Einheit gewährleistet Frieden

Der Journalist Walden fragt in einer Berliner Zeitung angesichts der Behauptung, es handle sich bei der Bildung des Wirtschaftsrates um eine rein wirtschaftliche und nicht um eine politische Einrichtung, ob man Wirtschaft und Politik überhaupt voneinander trennen könne. Wirtschaftliche Entscheidungen seien heute gleichzeitig auch die wichtigsten politischen Entscheidungen.

Freilich gibt es Kräfte, erklärte Dr. Steinhoff, die unverhohlen auf eine Spaltung Deutschlands ausgehen. „Wir im Osten aber wollen nicht die Trennung vom Westen. Unser Ziel ist und bleibt Deutschland.“

Volksabstimmung!

Was der wahre Sinn der Schaffung des Wirtschaftsrates für die Bizonen ist, geht aus einem Artikel der konservativen englischen Zeitung „Spectator“ hervor, welche schreibt:

„Es liegt doch auf der Hand, daß auf lange Sicht Westdeutschland oder ganz Deutschland in irgendeiner Form eine regierende Organisation entwickeln muß. Daß Deutschland selbst eine zentralisierte Regierungsform vorziehen würde, kann kaum bezweifelt werden. Die Besatzungsmächte können nichts anderes tun, als dafür zu sorgen, daß, ehe die

endgültige Entscheidung gefällt wird, ein Föderativsystem unter diesen Bedingungen die Möglichkeit erhält, sich zu bewähren.“

Das deutsche Volk soll also gegen seinen Willen ein Föderativsystem erhalten. Die Bildung des Wirtschaftsrates hat den Sinn, einer etwaigen Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands, wie sie SED und KPD fordern, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen vorzugreifen. Der Wirtschaftsrat ist kein Mittel zur Einheit Deutschlands, sondern ein Mittel, sie zu verhindern. Es gibt nur einen Weg zu dieser Einheit, nämlich die Schaffung zentraler deutscher Verwaltungsstellen, wie sie in den Potsdamer Beschlüssen vereinbart wurden, und

eine allgemeine Abstimmung des deutschen Volkes selber über die Frage, ob Deutschland ein Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung, oder ein Bundesstaat sein soll.

Profitinteressen gegen Volksinteressen

Die Firma Bosch versucht sich reinzuwaschen

Getragen von der Sorge um den Wiederaufbau und die Erhaltung des Arbeitsplatzes für die Belegschaft, kämpft der Betriebsrat der Firma Bosch gegen die Versuche gewisser Kreise, Teile der Boschwerke an die Saar, d. h. heute ins Ausland, zu verlegen.

Der ganzen werktätigen Bevölkerung. Von denjenigen, welche ohne Rücksicht auf die Volksinteressen

Wer hat denn Unruhe gestiftet? Doch nicht der Betriebsrat, welcher versuchte,

Der Ziel ist und bleibt Deutschland!

Ministerpräsident von Brandenburg, Dr. Steinhoff, gab in einer Reihe von Versammlungen als einen Bericht über die Pariser Konferenz und die Haltung der Ministerpräsidenten der Bizonen. Die Ministerpräsidenten Datzone handelten im Namen besten Kräfte ihrer Länder. Die Ergründung nach Schaffung deutscher Verwaltungen sollte den Ansätzen geben, von deutscher Seite die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß durch die Zusammenkunft aller demokratischen Kräfte Deutschlands einerseits und der Allerten andererseits wirklich an eine Hebung der Not gegangen werden kann.

„Export schafft Brot“

so ruft Regierung und Wirtschaft. Das „Saar-Projekt“ der Firma Bosch würde

Klarheit über die Zukunft

der Bosch-Werke und damit der Existenzmöglichkeit mehrerer tausend Arbeiterfamilien zu schaffen, sondern die Boschdirektion, welche durch ihr Machenschaften die Existenzmöglichkeit dieser Arbeiterfamilien in Frage stellt. Selbst heute noch scheut sich die Direktion, die volle Wahrheit zu sagen und gibt nur das zu, was sie nicht mehr verheimlichen kann, „best ist z. B. auch heute noch nicht „deutungslos“, zu wissen, wann die ersten Verhandlungen stattgefunden haben, wie die Herren Fischer und Knoerzel vorzugehen versuchen. Auf die Gründe, warum die Direktion auch heute noch ein Interesse daran hat, das Datum der Verhandlungsaufnahme mit den Franzosen zu verheimlichen, kommen wir bei Gelegenheit gerne zurück.

AUS ALLER WELT

Über 600 000 Bergarbeiter streiken in SA gegen das neue Arbeitsgesetz (Bergbau-Gesetz). 13 Prozent der Hochöfen liegen bereits still. Das Wirtschaftsprogramm der französischen Regierung, das eine Verschlechterung der Lebenslage bringt, stößt auf den stärksten Widerstand der Arbeiterschaft. 300 000 Metallarbeiter werden am 7. Juli einen Proteststreik durchführen. Tschiangkai-schek will die Mandchurenen, weil das Vordringen der demokratischen Volksarmee nicht aufzuhalten ist. Die Zentralregierung hat die Vereinigten Staaten um größere Waffenlieferungen ersucht.

weder Export noch Brot

bedeuten. Der Betrieb würde Deutschland verlorengehen, die Arbeiter von Bosch ihres Arbeitsplatzes verlustig gehen. Welche katastrophale Wirkung dies auf die Wirtschaft unseres Landes hätte, braucht wohl kaum besonders unterrichtet zu werden. Ein Saarwerk könnte sofort anlaufen und seinen Platz auf dem Weltmarkt behaupten, der Restbetrieb in Württemberg aber würde im Saarwerk einen nicht zu übertreffenden Konkurrenz finden. Export würde unmöglich werden. Süddeutschland wäre um eine weitere Produktionsstätte und damit Tausende von Arbeitsplätzen ärmer. Für die Firma Bosch aber würde das Saarprojekt die Möglichkeit ergeben, ihre Profite zu schützen und sich vor Ausbaupflichten und Reparationsverpflichtungen zu retten.

Die Firma versucht nun, ihre Handlungsweise mit dem „Druck“ der Franzosen zu rechtfertigen.

Warum hat die Firma nicht sofort durch klare und offene Aufdeckung dieses Druckes in der Öffentlichkeit, bei der Militärregierung oder dem Landtag Hilfe gesucht? Sie hat

Gefahr aufgedeckt

und diese Schiebung des Werkes verhindert zu haben. Dafür gebührt ihm der Dank und die Anerkennung nicht nur der Bosch-Belegschaft, sondern

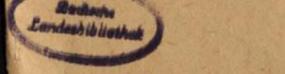
„Haltet-den-Dieb“-Methode

ist nicht neu. Sie kennzeichnet den Geist des Verfassers und entspricht der Goebbels-Propaganda.

geheime Verhandlungen

vorgezogen. Warum das? Doch offenbar, weil die Firma Bosch im Prinzip mit den Franzosen einig war. Sie wollte das Saarwerk schaffen, um ihr Vermögen und ihre zukünftigen Profite zu retten. Nicht einzig war man sich mit den französischen Kapitalisten

(Fortsetzung siehe Seite 2)



Behaltet Ruhe und Mut!

dem Chaos dieses Europas von heute wird trotz allem eine neue Welt entstehen, ja, sie wird schon heute geboren.

Der große Kampf für die Menschlichkeit wird auf dem alten Kontinent geschlagen; wenn ein Flügel der großen Armee ins Wanken kommt, dringt stets ein anderer erfolgreich vor.

Man muß immer das Ganze im Auge behalten. Darum habe ich gute Hoffnung.

Romain Rolland

Aus einem unveröffentlichten Brief

Mannheimer Arbeiter am Ende der Kraft

Allen Teilen Mannheims sind Meldungen über Protestaktionen, Arbeitsniederlegung der Betriebsarbeiterschaft. Arbeiter können bei dieser Lage einfach nicht mehr arbeiten, es ist ihnen auch nicht möglich, wenn man ihnen sagt, daß man erst produzieren muß, um ausreichend ernährt werden zu können. Es ist nun einmal so, daß ein Arbeiter nicht in Tätigkeit gesetzt werden kann, bevor ihm nicht der Treibstoff zugeführt wird. Die Werktätige kann mit 790 Mark täglich nicht mehr normal leben.

„Wir fragen Ernährungsminister Stooß...“

Am 27. Juni stellte die Belegschaft der Firma Winterwerb-Streng & Co. für 2 Stunden die Arbeit ein. Auch sie fühlt sich nicht mehr in der Lage, bei der gegenwärtigen Ernährung eine ausreichende Arbeitsleistung zu garantieren. In einer von der Belegschaft verfaßten Resolution kann man folgendes lesen: Wir fragen Herrn Stooß und Herrn Depner, wo bleiben z. B. die Kirschen, die so reichlich geerntet wurden? Wir fragen weiter, wo bleibt die Milch, wo jetzt genügend Grünfütter vorhanden ist? Wenn sich Herr Ministerpräsident Ehardt beklagt, daß im Zuge der Verringerung des Viehbestandes Milchkuhe abgeschlachtet werden, die bis zu 10 l Milch pro Tag geben, wie vereinbart sich das mit dem Ablieferungsoll von 2,5 l pro Tag.

Weg mit den unersetzbaren Fachleuten!

In all diesen Kundgebungen wird immer wieder die Reinigung der Behörden von unfähigen „Fachleuten“ und ihre Ersetzung durch demokratische Elemente gefordert. Ebenso verlangt die Betriebsarbeiterschaft ein energisches Vorgehen gegen die Schieber und Schwarzmarkthändler.

rotele bei Benz und Lanz

achdem wir schon in unserer Nummer auf die Arbeitseinstellung der Firma Daimler-Benz hingewiesen haben, müssen wir auch dieser Woche über ähnliche Vorkommnisse berichten. Am Mittwoch, den 25. Juni, fand bei der Firma Benz eine Protestkundgebung über Ernährung- und Arbeitszeitfragen statt. In der Kundgebung wurde zum Ausdruck, daß die Bediensteten in diesen schwierigen Zeiten nicht in der Lage sind, die ihnen zugewiesene Arbeitszeit nicht einzulösen, wenn ihr nicht wenigstens Lebensmittelaufteilung gegeben wird, die sie laut ihren Marken zu erhalten hat. Sie fordert die Gewerkschaften auf, ihren ganzen Ein-

Fachleuten!

erwarten von euch: macht die SPD stark! Skrupelloser können die Kriegsgefangenen wohl kaum für parteipolitische Zwecke mißbraucht werden, als es durch diese sogenannte „Kriegsgefangenenhilfe der SPD“ geschieht. Statt den Kriegsgefangenen zu helfen, wie es der Name dieser Organisation fälschlicherweise verspricht, benutzt man sie zum Stimmenfang und zur Förderung egoistischer parteipolitischer Geschäfte. Eine derartige „Hilfe“ für die Kriegsgefangenen muß in deren Interesse auf das schärfste abgelehnt werden. Aber leider gibt es in Deutschland gewisse Parteipolitiker, denen jede Zutat recht ist, um ihr besonderes parteipolitisches Süpplein zu würzen.“

Kriegsgefangene kehren heim!

Über 200 000 kehrten aus dem Osten zurück

Bis zum 1. Juni sind über Frankfurt (Oder) über 200 000 ehemalige Kriegsgefangene zurückgekehrt. Einer der Heimkehrer antwortete dem Korrespondenten der Zeitung „Neues Deutschland“ auf die Frage, was er von der Heimat erwartet? „Garnichts, im Gegenteil, ich glaube, daß wir sogar der Heimat noch etwas geben können.“ Was könnte dieses stolze Wort einem anderen Sinn haben, als den, aus dem berufenen Munde unserer Heimkehrer zu erfahren, wie schamlos das Leid und die Tränen unserer Mütter und Frauen mißbraucht wurden und noch mißbraucht werden?

Parteilpolitik mit Toten

„Neues Deutschland“ schreibt anlässlich der Ankunft eines Transportes von ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion: „Die Heimkehrer rufen die Erinnerung wach an die Millionen, die draußen bleiben mußten. Das einzige Wort „vermißt“ hat ungezählten Frauen, Müttern und Bräuten das Zukunftshoffen zunichte gemacht. Bei manchen von ihnen hat sich die vage Hoffnung auf Wiederkehr des Verlorenen vermindert, da eine deutsche Partei parteilpolitik mit Toten betreibt, wohlwissend um das grauenvolle Sterben im Osten und das Verbrechen der vom OKW eingerichteten Dienststellen, die Gefangenmeldungen in Verbleibmeldungen umfälschten oder gar geheim hielten.“

Weitere 100 000 kehren heim

Das sowjetische Nachrichtenbüro gab bekannt, daß zwischen 15. Juli und Oktober dieses Jahres weitere 100 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion zurückkehren werden. Fast die Hälfte von ihnen ist in den Westzonen beheimatet. Wie verlautet, sollen die antifaschistischen Kriegsgefangenen bei diesen Entlassungen nicht die letzten sein.

Politisches Attentat

Auf den Präsidenten des Thüringischen Landtags, August Fröhlich, wurde ein Attentat verübt, bei dem dieser mehrere Verletzungen davontrug.

Parteilpolitik mit Toten

„Neues Deutschland“ schreibt anlässlich der Ankunft eines Transportes von ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion: „Die Heimkehrer rufen die Erinnerung wach an die Millionen, die draußen bleiben mußten. Das einzige Wort „vermißt“ hat ungezählten Frauen, Müttern und Bräuten das Zukunftshoffen zunichte gemacht. Bei manchen von ihnen hat sich die vage Hoffnung auf Wiederkehr des Verlorenen vermindert, da eine deutsche Partei parteilpolitik mit Toten betreibt, wohlwissend um das grauenvolle Sterben im Osten und das Verbrechen der vom OKW eingerichteten Dienststellen, die Gefangenmeldungen in Verbleibmeldungen umfälschten oder gar geheim hielten.“

Stimmenfang und Parteigeschäfte

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 18. Juni 1947: „Eine Ausnutzung der Notlage der Kriegsgefangenen stellt die sogenannte „Kriegsgefangenenhilfe der SPD“ dar. In einem Aufruf, der beispielsweise in der „Rheinzeitung“ vom 16. Mai erschienen, wird u. a. erklärt: „Viele Tausende verdanken der SPD unmittelbar ihre Freilassung.“ An anderer Stelle des gleichen Aufrufes heißt es: „Eine Probebestimmung in Kriegsgefangenenlagern ergab eine gewaltige Mehrheit für die SPD.“ Und um die Sache ganz deutlich zu machen, heißt es im letzten Satz: „Die Kriegsgefangenen

